

VON SVEN FROMMHOLD

Nach der Katastrophe aus alten Fehlern lernen

Umweltverbände fordern sinnvolle Verwendung der Mittel für den Wiederaufbau - nicht an denselben

Stellen dieselben Hindernisse errichten

Chemnitz. Nach den extremen Zerstörungen durch die Flut in weiten Teilen des Bezirkes Chemnitz haben Umweltverbände die verantwortlichen Behörden davor gewarnt, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. "Wir sollten die Chance auf einen Neubeginn nutzen", sagte Ulrich Kröbin, Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Chemnitz. Zugleich widersprach er Sachsens Umweltminister Steffen Flath (CDU). Flath hatte sich in einem Beitrag der "Freien Presse" am Montag gegen Panikmache gewandt und geweissagt, ein Hochwasser dieser Dimension werde es so schnell nicht wieder geben. "Diese Aussage dürfte vor allem bei den Menschen in der Region Pockau, die nun innerhalb von drei Jahren bereits zum zweiten Mal von einer verheerenden Flut heimgesucht wurden, für Kopfschütteln sorgen", erklärte Kröbin.

Keine Wiedererrichtung von Hindernissen, statt dessen Beseitigung von Gewässerverbauungen

Auch Tobias Mehnert, Vorsitzender des Naturschutzverbandes Freiberg, forderte die Behörden auf, Lehren aus der Katastrophe zu ziehen. "In den nächsten Wochen und Monaten wird viel Geld für den Wiederaufbau fließen", sagte er, "doch diese Mittel dürfen - von den wichtigen Brücken und Straßen einmal abgesehen - nicht dazu genutzt werden, um mit schwerer Technik an denselben Stellen dieselben Hindernisse wie vorher zu errichten". So sollten Betroffenen, deren Wohnhäuser, Firmengebäude oder Kleingärten unbenutzbar geworden sind, Ersatzflächen in geeigneter Lage, also außerhalb der Flußauen, für den Neuaufbau zur Verfügung gestellt werden. Darüberhinaus sprachen sich die Verbände gegen Eingriffe in die Natur wie die künstliche Vertiefung von Flußbetten aus. Stattdessen plädierten sie für die konsequente Beseitigung von Gewässerverbauungen, eine Rückverlegung der Deiche sowie die Renaturierung der Flußeinzugsbereiche - auch durch Wiederbewaldung. Die Beseitigung der Drainagen in den Quellgebieten gehört ebenfalls zum Forderungskatalog. "Wo vor Jahrzehnten Feuchtwiesen wie ein Schwamm wirkten, der große Regenmengen speicherte und verzögert abgab, wird das Wasser heute wegen der landwirtschaftlichen Nutzung in Röhren gesammelt, in denen es förmlich in den nächsten Bach schießt", erläuterte Mehnert. Dies sei eine der Ursachen für das rasche Anschwellen der Gebirgsflüsse.

Streit um 10 Hektar Land ...

Zu den Empfehlungen der Umweltschützer zählt nicht zuletzt die Sicherung fließgewässernaher, renaturierungsfähiger Gebiete, die sich als ehemals volkseigene Flächen noch im Bestand der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befinden. "Ackerbau hat in den Flußauen wegen der zwangsläufigen Nutzungskonflikte nichts zu suchen", kritisierte Kröbin die gesetzlich legitimierte BVVG-Praxis, auch solche sensiblen Bereiche an Landwirtschaftsbetriebe zu verkaufen. Prominentes Beispiel ist der Streit um ein 10 Hektar großes Gelände an der Flöha bei Falkenau, das als natürlicher Überflutungsbereich zumindest bei "normalen" Hochwasserereignissen die Gefahr für die Stadt Flöha deutlich mindern könnte. Trotz aller Bemühungen des Naturschutzverbandes Freiberg und der Grünen Liga, trotz öffentlicher Zusicherungen des Chemnitzer Regierungspräsidenten Karl Noltze, die Renaturierung unterstützen zu wollen, ging das BVVG-Land schließlich an eine Agrar Genossenschaft.

Für Ulrich Kröbin ist das nur eine von vielen "klassischen" Sünden in Punkto Hochwasservorsorge im besonders betroffenen Flöha. So sei die B 173 in Richtung Chemnitz bei der jüngsten Flut genau an der Stelle eingebrochen, wo sich das Wasser wegen eines künstlich aufgeschütteten Plateaus für ein vor Jahren geplantes Gewerbegebiet nicht weiter ausbreiten konnte. Das architekturpreisgekrönte

Pufendorf-Gymnasium nebst Turnhalle sei ebenfalls entgegen den Warnungen der Umweltschützer in der Zschopauaue errichtet und nun erwartungsgemäß in Mitleidenschaft gezogen worden - ebenso wie mehrere neu gebaute Eigenheime im benachbarten Niederwiesa.

Fazit der Verbände: Wer aus der Katastrophe nichts lernt, handelt grob fahrlässig. "Das hat nichts mit Panikmache zu tun", betonte Tobias Mehnert, "sondern mit Lebensvorsorge". Denn niemand könne vorhersagen, ob und wann das nächste "Jahrhundert-Hochwasser" kommt.